Unionsabgeordnete fordern Engagement gegen Christenverfolgung

27. Dezember 2016

Berlin (KNA) Unionsabgeordnete haben ein öffentliches Engagement gegen Christenverfolgung in zahlreichen Ländern gefordert. Der exemplarische Einsatz für die Religionsfreiheit der Christen helfe allen religiösen Minderheiten auf der ganzen Welt, erklärte der Vorsitzende des „Stephanuskreises“, Heribert Hirte (CDU), am Freitag in Berlin. Hirte äußerte sich zum Gedenktag des Heiligen Stephanus am 26. Dezember. Er ist der Namensgeber für das überkonfessionelle Gesprächsforum der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das für Toleranz und Religionsfreiheit eintritt und sich um die Situation verfolgter Christen kümmert. Ihm gehören derzeit 88 Abgeordnete an. „Während wir in Deutschland Weihnachten feiern, kämpfen Christen, Jesiden und Muslime in Syrien und im Irak ums nackte Überleben, die ‚Wiege des Christentums‘ droht ausgelöscht zu werden“, sagte Hirte. In Ägypten seien erst vor wenigen Tagen Christen bei einem Anschlag auf eine Kirche getötet worden, in der Türkei nehme der staatliche Druck auf religiöse Minderheiten zu; „die einzige christliche Oberbürgermeisterin dort wurde des Amtes enthoben“. In vielen Fällen werde subtiler vorgegangen, sagte Hirte. So sei in Indien der 25. Dezember als „Good Governance Day“ ausgerufen und damit ein christlicher Feiertag entwertet worden, beklagte der CDU-Abgeordnete. „Gegen solche Bestrebungen müssen wir die Stimme erheben. Religion darf niemals für das Erlangen oder Erhalten von Macht missbraucht werden“, so Hirte. „Es ist für unsere Glaubensschwestern und -brüder wichtig zu wissen, dass wir sie nicht vergessen haben“, betonte er. „Gleichzeitig weisen wir so die Feinde der Religionsfreiheit in die Schranken und zeigen, dass wir nicht bereit sind, Einschränkungen dieses Menschenrechtes hinzunehmen.“

(KNA – qlmmn-89-00037)

Stand: 27. November 2026